



Eine schwere, aber notwendige Entscheidung SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2016 zu

In der Opposition könnte man es sich leicht machen und den Haushalt einfach ablehnen. Doch die Haushaltslage der Stadt erfordert eine konstruktive Zusammenarbeit, um unsere Stadt wieder handlungsfähig zu machen. Die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, die für ein Einfamilienhaus ca. 118 Euro im Jahr ausmacht, tut allen weh und ist keine leichte Entscheidung. Deshalb wollen wir hier erklären, warum die SPD dies mitgetragen hat.

Die Stadt muss ab nächstem Jahr in die Haushaltssicherung, weil das Defizit wegen höherer Ausgaben und plötzlich weggefallener Gewerbesteuereinnahmen zu groß geworden ist. Nun muss die Stadt darstellen, wie innerhalb von zehn Jahren ein Plus erwirtschaftet werden kann. Für die SPD kann die Haushaltskonsolidierung nur in einem Mix aus Einsparungen und Einnahmeverbesserung erfolgen, um unsere Stadt nicht „kaputt zu sparen“. Denn die meisten Ausgaben der Stadt stehen fest, nur wenig ist noch "freiwillig". Dort mit dem Rotstift zu wüten, trifft aber gerade diejenigen, die städtische Angebote am meisten benötigen. Man könnte die Bibliothek, die Musikschule oder das "Interkult" schließen. Man könnte auch die Schulsozialarbeit oder das Streetwork für Jugendliche einsparen. Doch spart man dort am falschen Ende. Die SPD trägt den Haushalt mit, weil

diese Bereiche, die besonders Angebote für Kinder, sozial Schwächere oder die Vereine betreffen, weitgehend erhalten werden. Viele dieser Angebote gehen auf Initiative der SPD zurück und sind wichtige Beiträge, um mehr Chancengleichheit zu schaffen. Genauso stehen wir zu den aktuellen Investitionen in die zweite Gesamtschule und eine inklusive und zukunftsfähige Schulinfrastruktur. „Bei der Bildung unserer Kinder machen wir keine Abstriche“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Spanier.

Dennoch wird gespart und in den kommenden Jahren werden weitere Einschnitte folgen müssen. In diesem Haushalt sind z.B. Kürzungen bei Verbrauchsmaterialien, bei Lehrmitteln oder Zuschüssen enthalten, die bereits schmerzen. Wer behauptet, dass in Hennef nicht gespart wird, der sollte sich den Haushalt noch einmal genau anschauen. Es ist zu wenig, wenn Fraktionen vom Sparen reden, wie die "Unabhängigen", dann aber nicht einen konkreten Einsparungsvorschlag zum Haushalt einbringen. Da macht man es sich zu einfach. Jede Sparmaßnahme trifft auch die Hennefer Bürgerinnen und Bürger. Wird etwa Personal abgebaut, dann kann man mit längeren Bearbeitungszeiten oder mit schlechter gepflegten Grünflächen rechnen. Streicht man bei Investitionen und Sanierungen weiter, bleiben z.B.

Straßen noch länger Schlaglochpisten. Einsparen geht also nur mit Augenmaß.

Unterm Strich lassen sich die beschlossenen Steuererhöhungen nicht vermeiden. Zumindest liegt von keiner Seite ein Vorschlag vor, wie das erreicht werden könnte. Nach Ansicht der Hennefer SPD müssen die kommunalen Einnahmen generell verbessert werden und zwar über Steuergesetzgebung auf Bundesebene. In Hennef haben wir aber nur Einfluss auf Grund- und Gewerbesteuer sowie kleinere Steuern und Gebühren. Diese Hebel müssen wir letztlich nutzen, denn der Haushaltsausgleich ist verpflichtend. Dass die städtischen Ausgaben stetig steigen, liegt vor allem an der Ausweitung städtischer Aufgaben. Ein Beispiel: Heute nehmen viele Eltern Betreuungsangebote für ihre Kinder in Anspruch. Das bedeutet für eine Stadt mehr Einrichtungen und mehr Personal und somit höhere Kosten als noch vor zehn Jahren.

Hennef geht mit dem Haushaltssicherungskonzept nun einen harten Weg. Dass sich die Ratskoalition aus CDU und "Unabhängigen" allerdings nicht einmal bei diesem zentralen Anliegen auf eine gemeinsame Linie einigen kann, lässt nichts Gutes für unsere Stadt erwarten. Die SPD stiehlt sich hier nicht aus der Verantwortung.

Wohnungsmarktanalyse soll Möglichkeiten aufzeigen Erfolgreicher Einsatz für mehr Wohnungsbau

Dass in Hennef bezahlbarer Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen fehlt, darauf weist die SPD seit Jahren hin. Vor nicht allzu langer Zeit wurde die SPD-Fraktion dafür noch seitens der Mehrheitsfraktion als "Sozialträumer" bezeichnet. Doch mittlerweile ist auch bei den anderen Fraktionen angekommen, dass in unserer Stadt nicht nur hochpreisig gebaut werden kann. „Hier hat man über viele Jahre die Entwicklung verschlafen“, kritisiert der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mario Dahm, die Versäumnisse der Stadtpitze. Weit über 200 öffentlich

geförderte Wohnungen fehlen; hinzu kommt der steigende Wohnbedarf für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten. Der Mangel wird daher immer offensichtlicher. Deshalb wird nun endlich der Forderung der SPD-Fraktion nachgekommen, mit einem Konzept den Wohnungsbau voranzubringen, um durch hohe Mieten und fehlende Wohnungen erzwungene Abwanderungsprozesse zu verhindern. Erste Mittel dafür sind in den Haushalt eingestellt worden. Aber auch konkret wird es schon. Der Wirtschaftsausschuss verkaufte vor Kurzem ein städtisches

Grundstück zur Errichtung von 40 neuen, preiswerten Wohneinheiten im Hennefer Zentrum.

Nun muss geprüft werden, ob der Bedarf allein über Investoren gedeckt werden kann oder ob die Stadt z.B. mit einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft selbst tätig werden muss. Die rot-grüne Landesregierung hatte jüngst die Förderbedingungen für sozialen Wohnungsbau noch einmal deutlich verbessert. „Davon muss nun auch Hennef profitieren“, so Dahm weiter.

„City-Ring“ bleibt Thema

Das Thema „City-Ring“ beherrschte die kommunalpolitische Debatte in der zweiten Jahreshälfte. Erwartungsgemäß lehnte die Ratsmehrheit einen Vorstoß der SPD-Fraktion reflexartig ab. Der Minimalkompromiss: Zunächst soll die Entwicklung um den Heiligenstädter Platz abgewartet und die Situation dann neu bewertet werden. „Die offene Diskussion in der Sache wird beharrlich verweigert und kein alternativer Vorschlag eingebracht, der vergleichbare positive Effekte auf die Attraktivität der Innenstadt hätte wie der Raumgewinn durch eine Einbahnstraßenregelung für die Frankfurter Straße“, erklärt Ratsmitglied Björn Golombek. Die SPD-Fraktion sieht in einem kleinen „City-Ring“ weniger eine verkehrstechnische Maßnahme als vielmehr die Möglichkeit, mehr Raum für Fußgänger, Radfahrer, Außengastronomie und attraktive Stadtgestaltung zu schaffen und so die Aufenthaltsqualität im Hennefer Zentrum zu verbessern. „Wir bleiben dran“, verspricht Vize-Bürgermeister Jochen Herchenbach.



Die SPD-Ratsfraktion wünscht Ihnen schöne Weihnachtstage und einen guten Start ins neue Jahr!

Immer für Sie da:

- www.spd-hennef.de
- info@spd-hennef.de
- 02242 / 888 292

Jetzt Facebook-Freund werden und immer aktuelle Infos aus der Hennefer Politik erhalten.

